

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Stephan Standfuß (CDU) und Stephan Lenz (CDU)**

vom 21. Dezember 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Dezember 2020)

zum Thema:

(Rechts-)Extremismus in der Berliner Kampfsportszene

und **Antwort** vom 07. Januar 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. Jan. 2021)

Herrn Abgeordnete Stephan Standfuß (CDU) und Stephan Lenz (CDU)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/25 986
vom 21. Dezember 2020
über (Rechts-)Extremismus in der Berliner Kampfsportszene

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Beobachtet der Senat in den vergangenen fünf Jahren eine zunehmende Radikalisierung von Teilen der Berliner Kampfsportszene und falls ja, woran wird diese Radikalisierung festgemacht und welche Konsequenzen zieht der Senat hieraus?

Zu 1.:

Eine pauschale Beantwortung ist hier nicht möglich, da es „die Berliner Kampfsportszene“ nicht gibt; Kampfsport ist vielmehr heterogen aufgestellt. Kampfsport wird in Berlin überwiegend durch Vereine organisiert und durch freie Kampfsportstudios ergänzt. In den zurückliegenden fünf Jahren sind dem Senat keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit verschiedener verfassungsfeindlicher Phänomenbereiche und Kampfsportvereinen oder –studios bekannt geworden.

2. Ist es in den vergangenen fünf Jahren zu Schließungen von Kampfsportstudios in Berlin gekommen, da es hier nachgewiesenermaßen zu Anwerbungen für Zusammenschlüsse mit dem Ziel von politischer Gewalt gekommen ist und falls ja, um welche Studios in welchen Bezirken handelte es sich hierbei?

Zu 2.:

Dem Senat sind keine Schließungen von Kampfsportstudios aufgrund von Anwerbungen für Zusammenschlüsse mit dem Ziel von politischer Gewalt bekannt.

3. Liegen dem Senat Erkenntnisse über öffentlich getätigte, rassistische oder extremistische Äußerungen von Personen aus Berliner Kampfsportverbänden vor und falls ja, wie bewertet er diese?

Zu 3.:

Hierzu liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor. Eine statistische Erhebung im Sinne der Anfrage findet bei der Polizei Berlin nicht statt, sodass diesbezüglich keine valide Antwort erfolgen kann.

4. Wie viele Personen aus der Berliner Kampfsportszene rechnet der Senat zum gewaltbereiten Personenpotential der rechtsextremen Szene?
5. Wie viele Personen aus der Berliner Kampfsportszene rechnet der Senat zum gewaltbereiten Personenpotential der linksextremen Szene?
6. Wie viele Personen aus der Berliner Kampfsportszene rechnet der Senat zum gewaltbereiten Personenpotential der islamistischen Szene?

Zu 4. bis 6.:

Der Berliner Verfassungsschutz beobachtet verfassungsfeindliche Bestrebungen und nicht „die Berliner Kampfsportszene“. Jeweils Einzelpersonen der rechtsextremistischen, linksextremistischen sowie islamistischen Szene betreiben Kampfsport.

7. Hat der Senat Erkenntnisse zum Zusammenschluss von Rechtsextremisten und Hooligans rund um Kampfsportstudios in Berlin und falls ja, ist dies ein größeres Feld oder sind lediglich einzelne Studios betroffen?

Zu 7.:

S. Antwort zu Frage 1.

8. Gibt es Erkenntnisse darüber, inwiefern Akteure der aktuellen "Querdenker-" bzw. Corona-Leugner-Szenen in Berliner Kampfsportstudios trainieren und gibt es diesbezüglich Maßnahmen, etwa in Form von verstärkten Kontrollen zur Einhaltung der Corona-Eindämmungsmaßnahmen?

Zu 8.:

Hierzu liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor.

9. Gibt es (zivilgesellschaftliche) Programme der Deradikalisierungs- und Präventionsarbeit, die sich speziell an Mitglieder der Berliner Kampfsportszene richten und falls ja, welche Programme sind dies und durch welche Mittel werden sie bezuschusst?

Zu 9.:

In Berlin gibt es verschiedene zivilgesellschaftliche Programme des Trägers „Violence Prevention Network“ zur Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und religiös begründeter Extremismus. Auch Mitglieder der Berliner Kampfsportszene können sich an diese Angebote wenden. Es handelt sich dabei um die Projekte „Crossroads Berlin - Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung im Phänomenbereich Rechtsextremismus“ und „Just X Berlin - Prävention und Deradikalisierung im Berliner Justizvollzug“ (letzteres ist ein Verbundprojekt von Violence Prevention Network gGmbH, Projekt „NEXUS – Psychologisch-therapeutisches Beratungsnetzwerk Justiz und Familie“ und Denkzeit-Gesellschaft e. V.). Diese Projekte werden aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des BMFSFJ und der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung gefördert.

10. Gibt es einen Zusammenschluss von Sportverbänden gegen Radikalisierungstendenzen im Kampfsport und falls ja, wie heißt dieser und erfährt er politische Unterstützung?

Zu 10.:

Hierzu liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor.

Berlin, den 07. Januar 2021

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport